

Stellung nehmen und Druck machen für die Einführung der PPR 2.0

Liebe Kolleg*innen in den betrieblichen Interessenvertretungen der Krankenhäuser,

ich möchte euch einladen, gegenüber dem Gesundheitsausschuss des Bundestags Stellung zu nehmen für eine gesetzliche Personalbemessung in der Pflege, für die PPR 2.0.

Wie ihr sicher wisst haben Anfang Januar ver.di, der Deutsche Pflegerat und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ihr Konzept für eine PPR 2.0 dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) zur Prüfung vorgelegt, wie es in der Konzertierte Aktion Pflege letztes Jahr verabredet wurde. In einem Kommentar habe ich die Entwicklung dieses gemeinsamen Konzepts als Erfolg der gewerkschaftlichen Entlastungskämpfe, als [Krankenhauspolitik von unten](#) beschrieben.

Seitdem hat sich allerdings kaum etwas bewegt (den mir bekannten Sachstand zur Prüfung findet ihr auf der nächsten Seite). Deswegen setzen wir als Linksfraktion das Thema jetzt wieder auf die Tagesordnung, mit einer Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestags am 18. November. Thema der Anhörung ist unser Antrag [Jetzt bedarfsgerechte Personalbemessung in Krankenhäusern einführen](#). Damit soll eine gesetzliche Grundlage zur Einführung der PPR 2.0 geschaffen werden.

Meldet euch zu Wort und tragt die Sicht der Beschäftigten ins Parlament!

Die zu der Anhörung eingeladenen Verbände und Sachverständigen geben vor der Anhörung schriftliche Stellungnahmen ab. Sie haben den Status von Expert*innen. Doch die eigentlichen Expert*innen für die Bekämpfung von Personalmangel und Pflegenotstand sind die Beschäftigten

selbst, die Gewerkschaftsaktiven und ihre betrieblichen Interessenvertretungen – ihr! Die Anhörung ist eine Gelegenheit, das deutlich zu machen und so den Druck zu erhöhen.

Konkret: Schickt dem Gesundheitsausschuss eure Stellungnahme zur PPR 2.0, möglichst vor der Anhörung am 18. November 2020. Beschreibt darin die Personalsituation und Überlastung bei euch im Haus, was die Pflegepersonaluntergrenzen (nicht) bewirken, etc. Oder auch: Wie sich die Kolleg*innen organisieren, politisieren und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Solche unaufgeforderten Stellungnahmen sind ungewöhnlich – und machen gerade deshalb Eindruck bei den Abgeordneten. Dazu einige Hinweise:

- Es gibt keine formalen Standards für eine Stellungnahme. Schreibt, was ihr für angemessen haltet. Bezüglich der Länge solltet ihr aber die Faustformel „So lang wie nötig, so kurz wie möglich“ zumindest im Hinterkopf haben.
- Macht deutlich, dass viele hinter der Forderung stehen, indem ihr die Stellungnahme als gesamtes Gremium zeichnet und/oder Kolleg*innen, Teamdelegierte, Teams die Stellungnahme unterstützen.
- Schickt eure Stellungnahmen an gesundheitsausschuss@bundestag.de, der sie wiederum an die Fraktionen und Abgeordneten weiterleitet. Verweist dabei kurz auf den Antrag (Drucksache 19/17544) und sendet bitte eine Kopie an mich: harald.weinberg@bundestag.de. So kann ich überprüfen, ob alle Stellungnahmen weitergeleitet werden.
- Ihr könnt die Stellungnahme auch an eure Bundestagsabgeordneten vor Ort schicken und sie für lokale Öffentlichkeits- und Pressearbeit nutzen.



Harald Weinberg

Sprecher für Krankenhauspolitik
und Prävention

harald.weinberg@bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Hintergrund: Wie steht es um die Prüfung und Einführung der PPR 2.0?

Nach der Vorstellung des Konzepts im Januar habe ich mich bei der Bundesregierung erkundigt, in welchem Zeitraum die Prüfung erfolgen soll. Am 29. Januar antwortete das BMG mir, es werde die PPR 2.0 „einer zeitnahen und umfassenden Prüfung unterziehen“, die Ergebnisse würden „zeitnah kommuniziert“.

Im März haben wir als Linksfraktion den Antrag [Jetzt bedarfsgerechte Personalbemessung in Krankenhäusern einführen](#) in den Bundestag eingebracht. Damit soll eine gesetzliche Grundlage zur Einführung der PPR 2.0 geschaffen werden. Die erste Debatte dazu hat am 12. März stattgefunden und war durchaus interessant. Es wurde deutlich, dass die SPD eigentlich gerne würde, aber die CDU stark auf die Bremse drückt. Die Grünen haben bereits ihre Zustimmung zu dem Antrag erklärt. Video und Wortprotokoll dieser Debatte sind auf der [Seite des Bundestags](#) zu finden. Für den Antrag haben wir auch etwas für uns sehr ungewöhnliches bekommen: [Zuspruch von der DKG](#).

Die Corona-Krise war im BMG dann offenbar ein willkommener Anlass, die Prüfung des unliebsamen Konzepts auf die lange Bank zu schieben. Anfang Juni – vier Monate nach der Ankündigung der „zeitnahen Prüfung“ – habe ich nachgefragt, wann die Prüfung nun abgeschlossen sein soll. Die Antwort aus dem BMG: „Aufgrund der Corona-Pandemie sind ... die Maßnahmen zu deren Bewältigung in den Vordergrund gerückt.“ Die Prüfung werde wieder aufgenommen, „sobald es die zeitlichen und personellen Kapazitäten wieder erlauben“.

Anfang September hat meine Kollegin Kordula Schulz-Asche von den Grünen nachgefragt, wann die Bundesregierung die Einführung der PPR 2.0 plane. Die Antwort aus dem BMG: „Dieser Vorschlag wurde vom Bundesministerium für Gesundheit zunächst mit den Beteiligten und anschließend mit den maßgebenden Selbstverwaltungspartnern und Verbänden ergebnisoffen erörtert. Die Gespräche

über die weitere Entwicklung eines Pflegepersonalbemessungsverfahrens werden noch im September 2020 fortgeführt.“

Das sind die einzigen (mir bekannten) Aktivitäten, die es seitens der Bundesregierung innerhalb des letzten Dreivierteljahres dazu gegeben hat. Eine zügige Einführung des neuen Instruments ist seitens des BMG offensichtlich weder gewollt noch geplant. Auch der Anfang Oktober veröffentlichte Referentenentwurf zur „Weiterentwicklung“ der Pflegepersonaluntergrenzen erweckt nicht den Eindruck, dass die Untergrenzen in absehbarer Zeit durch die PPR 2.0 ersetzt werden sollen.

Deswegen sind eure Stellungnahmen zur Anhörung eine gute Möglichkeit, der Bundesregierung und den Regierungsfractionen einmal mehr deutlich zu machen, dass die Einführung einer echten, bedarfsgerechten Personalbemessung keine langfristige Perspektive, sondern dringliche Tagesaufgabe ist.

Ich würde mich freuen, wenn ihr euch daran beteiligt! Gerne könnt ihr mein Schreiben an Kolleg*innen in anderen Häusern weitergeben. Und ich stehe natürlich ebenso gerne für Rückfragen, Anmerkungen und Kritik zur Verfügung.

Wenn ihr über die weitere Entwicklung bezüglich unseres Antrags, der Stellungnahmen und der parlamentarischen Auseinandersetzungen rund um die PPR 2.0 informiert werden möchtet, schreibt mir eine kurze Mail oder abonniert meinen neuen Telegram-Kanal LINKE Krankenhauspolitik: <http://t.me/Krankenhauspolitik>.

Solidarische Grüße



**Für eine
gesetzliche
Personalbemessung**
DIE LINKE.



Harald Weinberg

Sprecher für Krankenhauspolitik
und Prävention

harald.weinberg@bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G